

Chronologie

März/ April*

März

2.3. In einem Interview mit *Le Monde* kündigt der zentristische Präsidentschaftskandidat François Bayrou (UDF) für den Fall seiner Wahl die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit an, deren Mitglieder die verschiedenen „Sensibilitäten“ des Landes repräsentieren sollen. Noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni wolle er zudem eine „große demokratische Partei“ gründen.

3.3. Die sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal (PS) gibt bekannt, dass sie das Verteidigungsbudget, das derzeit bei zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt, für den Fall ihres Wahlsieges aufrechterhalten werde. Sie betont die Bedeutung der nuklearen Abschreckung als Garant der Freiheit der Franzosen und spricht sich für eine Verbesserung der europäischen Verteidigung sowohl im operationellen wie auch im Forschungsbereich aus. Sie werde sich dafür einsetzen, dass sich die NATO nicht zu einer Art „Weltpolizei“ entwickle und die UNO zu ersetzen versuche.

5.3. Premierminister Dominique de Villepin erklärt, dass der französische Staat bereit sei, sich an einer Kapitalerhöhung bei der Muttergesellschaft EADS des Flugzeugherstellers Airbus zu beteiligen. Am Vortag hatte sich bereits Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal für eine stärkere Beteiligung des Staates an EADS ausgesprochen. Auch der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy (UMP) unterstützt diese Idee, nachdem er sich wenige Tage zuvor noch kritisch zu Eingriffen des Staates in die Managementaufgaben eines Unternehmens geäußert hatte. Die beiden Großaktionäre Lagardère und DaimlerChrysler, die 29,95 beziehungsweise 22,47 Prozent des Kapitals halten, wollen sich künftig auf ihre Kerngeschäfte Medien und Autos konzentrieren.

5.3. Im Fernsehsender France 3 kündigt Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy an, dass er sich dafür einsetzen wer-

de, dass der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, und der Trotzlist Olivier Besancenot bei der Wahl um das Amt des Präsidenten antreten können. Beide haben die für eine Kandidatur notwendigen 500 Unterschriften von Mandatsträgern bisher noch nicht beisammen. Valérie Pécresse, Sprecherin der UMP, hatte bereits zuvor von einer „demokratischen Notwendigkeit“ gesprochen, dass alle Kandidaten bei der Wahl antreten können.

6.3. Die Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal trifft in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen. Im Mittelpunkt ihres Gesprächs steht die Krise des Flugzeugbauers Airbus, der vor kurzem den Abbau von insgesamt 10 000 Stellen – darunter 4 300 in Frankreich und 3 700 in Deutschland – angekündigt hatte. Nach dem Gespräch betont Royal, dass Europa seine Luftfahrtsparte verteidigen müsse. Sie sei sich mit Angela Merkel einig, dass der Ausbau der Forschung in diesem Bereich von besonderer Bedeutung sei. Beide Politikerinnen sähen zudem die Notwendigkeit einer europäischen Industriepolitik, so Royal.

7.3. Der aus dem Chirac-Lager stammende UMP-Abgeordnete Patrick Ollier wird zum neuen Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Jean-Louis Debré (UMP) an, der von Staatspräsident Chirac zum Präsidenten des Verfassungsrats ernannt worden war.

7.3. Der Aufsichtsratsvorsitzende des französischen Einzelhandelskonzerns Carrefour, Luc Vandeveld, tritt zurück. Kurz zuvor hatten der Vorstandsvorsitzende des Luxusgüterkonzerns LVMH, Bernard Arnault, und der US-Fonds Colony Capital überraschend bekannt gegeben, dass sie 9,1 Prozent der Aktien von Carrefour erworben haben. Nachfolger des scheidenden Aufsichtsratsvorsitzenden Vandeveld wird ein Mitglied der Carrefour-Gründerfamilie, Robert Halley. Die Familie Halley verfügt über 13 Prozent der Aktien und rund 20 Prozent der Stimmrechte.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

9.3. Die von dem konservativen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy am Tag zuvor in France 2 für den Fall seines Wahlsieges angekündigte Errichtung eines „Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität“ stößt auf heftige Kritik von Seiten der linken Parteien und der Zentristen. Der Vorsitzende der Sozialisten, François Hollande, erkennt in dem Vorschlag des amtierenden Innenministers eine starke Annäherung an die Thesen des rechtsextremen Front National.

11.3. In einer Fernsehansprache erklärt Staatspräsident Jacques Chirac, dass er nach seiner zwölfjährigen Amtszeit bei den Präsidentschaftswahlen im April nicht mehr kandidieren werde. Laut Chirac sei der Moment gekommen, Frankreich „anders zu dienen“. Bereits im Januar hatte Chiracs Partei UMP ihren Vorsitzenden Nicolas Sarkozy zum Kandidaten des bürgerlichen Lagers ernannt. Ob Sarkozy bei den Präsidentschaftswahlen mit der Unterstützung Chiracs rechnen kann, bleibt weiterhin offen.

11.3. Zwei Jahre nach dem gescheiterten EU-Referendum geben 71 Prozent der befragten Franzosen in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA an, sie seien stolz, Europäer zu sein. Die überzeugtesten Europäer sind demnach die jungen Franzosen unter 25 Jahren sowie die leitenden Angestellten. Zurückhaltender äußern sich vor allem Landwirte und kleine Händler. 91 Prozent aller Befragten geben an, sie seien stolz, Franzosen zu sein.

15.3. Vier Jahre nachdem Dominique de Villepin sich als Außenminister im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen einen Irak-Krieg ausgesprochen hatte, trifft er in New York mit dem neuen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die französische Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen. Sowohl im linken als auch im rechten französischen Parteienlager waren in der letzten Zeit Forderungen aufgekommen, über eine Verringerung der französischen Auslandseinsätze nachzudenken.

15.3. Nach einer Bauzeit von fünf Jahren wird die neue TGV-Eisenbahnstrecke zwischen Paris und Straßburg eröffnet. Reisende können die Strecke ab dem 10. Juni nutzen. Die Fahrzeit von Paris nach Straßburg wird dann nur noch 2 Stunden und 20 Minuten betragen. Der Streckenabschnitt von Paris nach Straßburg ist die erste Etappe der geplanten europäischen Hochgeschwindigkeitstrasse von Paris nach Budapest, die bis zum Jahr 2020 fertig gestellt werden soll.

15.3. Im ersten französischen Sterbehilfeprozess wird die wegen Giftmords angeklagte Ärztin Laurence Tramois vom Schwurgericht in Périgueux zu einer einjährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Die mitangeklagte Krankenschwester Chantal Chanel wird freigesprochen. Tramois und Chanel hatten im Jahr 2003 einer an Krebs erkrankten Patientin auf deren Wunsch Medikamente verabreicht und ihr so – nach französischem Recht auf illegale Weise – beim Sterben geholfen. Begleitet worden war der Prozess von zahlreichen Demonstrationen von Ärzten und Krankenschwestern, die die Zulassung der aktiven Sterbehilfe in Frankreich fordern.

16.3. Nach fünfwöchiger Gefangenschaft wird der in Nigeria entführte Franzose Gérard Laporal freigelassen. Der für den französischen Ölkonzern Total arbeitende Laporal war Anfang Februar von einer nigerianischen Gruppe gefangen genommen worden. Es war das erste Mal, dass ein Franzose in der Region verschleppt worden war.

18.3. Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal (PS) spricht sich vor 4 000 Mandatsträgern ihrer Partei für eine VI. Republik aus, über die sie die Franzosen in einem Volksbegehren entscheiden lassen wolle. Die neue Republik solle, so Royal, auf einer parlamentarischen, sozialen, partizipativen und territorialen Demokratie basieren. Neben dem Ende der Mandatshäufungen kündigt sie für den Fall ihrer Wahl weitere Schritte in der Dezentralisierung an. Genauere Angaben zu einer möglichen Reform der Institutionen macht sie jedoch nicht. Der zentristische Präsidentschaftskandidat François Bayrou hatte sich bereits im Vorfeld für eine neue Verfassung ausgesprochen.

18.–20.3. Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus ist zu Besuch in der französischen Partnerregion Picardie. Im Zentrum der Konsultationen mit dem Regionalpräsidenten Claude Gewerc steht die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung, in der beide Politiker den Ausbau ihrer Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung und Tourismus vereinbaren.

19.3. Im Rahmen ihrer Asienreise trifft Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie in Peking zu Gesprächen mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao und dem chinesischen Verteidigungsminister, General Cao Gangchuan, zusammen. Sie fordert die chinesische Regierung auf, die für 2007 angekündigte Erhöhung des Verteidigungsbudgets um 17,8 Prozent auf insgesamt 45 Milliarden US-Dollar genauer zu beleuchten. Eine größere Transparenz in diesem Bereich würde, so Alliot-Marie, die internationalen Partner beruhigen

und mögliche Zweifel über die Verwendung der zusätzlichen Militärausgaben beseitigen. Bereits im Jahr 2006 waren Chinas Ausgaben für das Militär um 14,6 Prozent gestiegen. Neben den Vereinigten Staaten hatten vor allem Japan und Indien Befürchtungen angesichts des steigenden chinesischen Verteidigungsbudgets geäußert.

19.3. Der Verfassungsrat veröffentlicht die Liste der offiziellen Kandidaten für die französischen Präsidentschaftswahlen. Neben den Favoriten Nicolas Sarkozy (UMP), Ségolène Royal (PS) und François Bayrou (UDF) haben neun weitere Kandidaten die Voraussetzungen für eine Teilnahme an den Wahlen Ende April erfüllt. Dazu gehören der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, der nationalkonservative Philippe de Villiers (MPF), die Trotzlisten Olivier Besancenot (LCR) und Arlette Laguiller (LO), die Kommunistin Marie-George Buffet (PCF), der Globalisierungsgegner José Bové und die Kandidatin der Grünen, Dominique Voynet.

21.3. Der Vorstandsvorsitzende des französischen Ölkonzerns Total, Christophe de Margerie, wird wegen Korruptionsverdacht von der französischen Justiz vernommen. Er steht unter dem Verdacht, im Jahr 1997 Entscheidungsträger in Iran mit Schmiergeldzahlungen bestochen zu haben, um sich die Nutzung eines iranischen Gasfeldes zu sichern. De Margerie war zu dem Zeitpunkt bei Total für das Geschäft im Mittleren Osten zuständig. Neben dem Vorstandsvorsitzenden werden der Total-Finanzvorstand Castaigne und der Chef des Gasgeschäftes Boisseau verhört. Gegen de Margerie läuft bereits ein Untersuchungsverfahren im Zusammenhang mit dem „Öl-für-Lebensmittel-Programm“ und der Umgehung des von den Vereinten Nationen festgeschriebenen Embargos gegen den Irak.

26.3. Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy (UMP) tritt von seinem Amt als Innenminister zurück, um sich ausschließlich dem Präsidentschaftswahlkampf widmen zu können. Ebenso verlässt der bisherige Gesundheitsminister und Wahlkampfesprecher Sarkozys, Xavier Bertrand (UMP), die Regierung. François Baroin (UMP), der bis dato das Amt des Ministers für die französischen Überseegebiete innehatte, tritt Sarkozys Nachfolge im Innenministerium an. Xavier Bertrand wird als Gesundheitsminister durch den UMP-Abgeordneten Hervé Mariton ersetzt.

27.3. In der Pariser Gare du Nord kommt es nach der Festnahme eines Schwarzfahrers zu mehrstündigen Ausschreitungen zwischen einigen Hundert Jugendlichen und der Polizei.

Nach Angaben der Polizei habe der Schwarzfahrer zwei Kontrolleure geschlagen. Daraufhin sei die Situation eskaliert. Zwei Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe werden bei den Zusammenstößen verletzt, mindestens sieben Personen werden festgenommen. Ségolène Royal kritisiert daraufhin die Arbeit der Regierung, die das Thema Sicherheit bereits 2002 ins Zentrum des Wahlkampfes gestellt hatte. Sie unterstreicht, dass Nicolas Sarkozy, der bis zum Vortag noch das Amt des Innenministers innehatte, auf „ganzer Linie versagt“ habe. Ebenso äußert François Bayrou Kritik an der Politik der UMP, warnt aber zugleich vor einer zu „laxen“ Vorgehensweise der Sozialisten im Bereich der Sicherheit.

30.3. In einer von *Le Figaro* in Auftrag gegebenen Umfrage sind 39 Prozent der befragten Franzosen der Meinung, dass es mit einem Präsidenten Sarkozy weniger gewaltsame Ausschreitungen geben würde. 19 Prozent trauen dies einem Präsidenten Bayrou zu. Ségolène Royal erhält in diesem Zusammenhang lediglich das Vertrauen von 17 Prozent der Befragten. 38 Prozent gehen davon aus, dass der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, als Präsident zu einer Verringerung der gewaltsamen Vorfälle beitragen würde.

April

2.–3.4. Der Außenminister der neu gebildeten palästinensischen Einheitsregierung, Ziad Abou Amr, trifft in Paris zu Gesprächen mit seinem französischen Amtskollegen Philippe Douste-Blazy und Premierminister de Villepin zusammen. Er wolle mit seinem Besuch, so Ziad Abou Amr, Missverständnisse über die palästinensische Position aufklären und hoffe, dass die Europäische Union in Zukunft mit der gesamten Einheitsregierung in Palästina zusammenarbeiten werde. Die EU-Außenminister hatten zuvor Zusammenkünften zwischen Vertretern der EU-Mitgliedstaaten mit palästinensischen Regierungsmitgliedern nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass diese nicht der radikalen Hamas angehörten.

3.4. Der französische Hochgeschwindigkeitszug TGV bricht auf der neu gebauten Trasse von Metz nach Paris mit einer Geschwindigkeit von 574,7 km/h den Weltrekord für die jemals erreichte Geschwindigkeit eines schienenbetriebenen Zuges und erhält damit einen Eintrag in das Guinnessbuch der Rekorde.

5.4. Beim Aufprall eines Regionalzuges auf einen Prellbock in der Pariser Gare de l'Est verletzen sich 71 Fahrgäste, die

meisten von ihnen leicht. Unklar ist noch, ob der Unfall auf einen technischen Defekt oder einen Fehler des Lokführers zurückzuführen ist.

5.4. Der französische Luxusgüterkonzern PPR, zu dem unter anderem die Marken Gucci und Yves-Saint-Laurent gehören, unterbreitet den Aktionären des deutschen Sportartikelherstellers Puma ein freundliches Übernahmeangebot von 330 Euro pro Aktie und einem Gesamtwert von 5,3 Milliarden Euro. PPR hatte zuvor bereits 27 Prozent der Puma-Anteile erworben. Puma ist hinter Nike und Adidas weltweit das drittgrößte Unternehmen auf dem Sportartikelmarkt.

11.4. Der umstrittene Bau des von Siemens und Framatome entwickelten Nuklearreaktors EPR („European Pressurized Reactor“) wird durch die Veröffentlichung eines Dekrets im *Journal officiel* genehmigt. Den Bau dieses ersten auf Wasserdruck basierenden Reaktors der dritten Generation im nordfranzösischen Flamanville, in der Nähe der Wiederaufbereitungsanlage La Hague, übernimmt der Stromkonzern EDF. Die Inbetriebnahme des Reaktors ist für das Jahr 2012 geplant, weitere Kraftwerke könnten ab 2015 gebaut werden. Die damit zunächst besiegelte Fortführung der französischen Kernenergiepolitik stößt vor allem bei Umweltschützern auf scharfe Kritik.

11.4. Einen Tag nach den Terroranschlägen einer aus dem Maghreb stammenden Unterorganisation der terroristischen Vereinigung Al-Qauida in Alger lässt der französische Innenminister François Baroin im Hinblick auf die näher rückenden Präsidentschaftswahlen die Sicherheitskontrollen im Umkreis der Wahlkampfzentralen und Veranstaltungsorte des Wahlkampfes noch einmal verstärken. Bereits eine Woche zuvor hatte er auf die gestiegene Terrorgefahr hingewiesen. Bei den Anschlägen in Algerien waren 33 Menschen ums Leben gekommen.

11.4. Mit dem Heranrücken der Wahlen verschärft sich der Ton zwischen den Kandidaten im rechten Lager. So bezeichnet der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, seinen bürgerlichen Konkurrenten Nicolas Sarkozy öffentlich als einen der Anführer des „politischen Gesindels“. Sarkozy hatte bereits zuvor für den Fall eines Wahlsieges die Einbindung des Front National in die Regierungsbildung ausgeschlossen. Laut einer in *Le Figaro* veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS-Sofres erhielt Sarkozy im ersten Wahlgang 30 Prozent der Stimmen, gefolgt von Royal mit 26 Prozent. Der zentristische Kandidat Bayrou

könnte mit 17 Prozent den dritten Platz vor dem rechtsextremen Le Pen mit 12 Prozent behaupten.

19.4. Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal erhält bei ihrem letzten öffentlichen Auftritt vor den Wahlen in Toulouse die Unterstützung des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero. In ihrer Rede kritisiert Royal ihren konservativen Mitstreiter Sarkozy für seine „unverantwortlichen Äußerungen“ über das „Rätsel des Holocaust“, mit denen er Deutschland und die deutsch-französische Freundschaft beleidigt habe. Sarkozy hatte seit Ende März mehrmals öffentlich betont, dass Frankreich sich daran erinnern müsse, dass es keinen Völkermord begangen und die Endlösung nicht erfunden habe, nicht alle Franzosen während des Krieges Pétain-Anhänger gewesen seien und es die Helden der Résistance gegeben habe.

22.4. Aus dem ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen geht der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy mit 31,2 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Neben ihm kann sich die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal mit 25,9 Prozent der Stimmen für den am 6. Mai stattfindenden zweiten Wahlgang qualifizieren. Der Zentrist François Bayrou erhält 18,6 Prozent der Stimmen und belegt damit Platz drei vor dem Vorsitzenden des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen (10,4 Prozent). Die anderen Kandidaten bekommen mit Ausnahme des Trotzlisten Olivier Besancenot (4,1 Prozent) und des nationalkonservativen Philippe de Villiers (2,2 Prozent) weniger als 2 Prozent der Stimmen. Bemerkenswert an diesem ersten Wahlgang ist – insbesondere im Vergleich zu 2002 – die sehr hohe Wahlbeteiligung, die knapp unter 85 Prozent liegt.

25.4. Bei einer Pressekonferenz in Paris gibt der im ersten Wahlgang unterlegene François Bayrou bekannt, dass er für den zweiten Wahlgang keine Wahlempfehlung zugunsten Ségolène Royals oder Nicolas Sarkozys abgeben werde. Seine Kritik an den beiden Präsidentschaftskandidaten gilt vor allem Sarkozy, dessen Nähe zur Geschäftswelt und den Medien er für bedenklich halte. Bayrou wiederholt seine Absicht, noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung eine große demokratische Partei zu gründen.

26.4. Der Automobilkonzern PSA Peugeot Citrofin kündigt für das laufende Jahr den Abbau von 4 800 Stellen an. Nach Angaben des Autoherstellers soll es nicht zu Entlassungen oder Werksschließungen kommen. Vielmehr werde auf das freiwillige Ausscheiden von Mitarbeitern gesetzt. Zudem sollen in Rente gehende Mitarbeiter nicht mehr ersetzt werden. Bereits

im Herbst 2006 hatte der Vorgänger von Konzernchef Christian Streiff, Jean-Martin Folz, den Abbau von 10 000 Stellen angekündigt. 7 000 Stellen sind seitdem schon gestrichen worden. Mit dem zusätzlichen Abbau wird das Ziel der 10 000 Stellen nun überschritten. PSA begründet den Stellenabbau mit dem fallenden Absatz und dem hohen Kostendruck. Insgesamt beschäftigt PSA knapp 210 000 Menschen, rund 126 000 davon in Frankreich.

28.4. Die für den zweiten Wahlgang qualifizierte sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal und der im ersten Wahlgang unterlegene Zentrist François Bayrou treffen in einer von den Sendern BFM TV und RMC organisierten fast zweistündigen Fernsehdebatte aufeinander. Neben Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Reform der Institutionen werden auch klare Unterschiede zwischen den Programmen der beiden Politiker deutlich, insbesondere in Wirtschaftsfragen, in denen die Sozialisten dem Staat traditionell eine größere Rolle zuschreiben als die liberalen Zentristen. Im Vorfeld der Debatte hatten sowohl Royal als auch Bayrou den konservativen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy beschuldigt, Druck auf die Medien ausgeübt zu haben, um ihr Aufeinandertreffen im Fernsehen zu verhindern. Sarkozy, der die gegen ihn erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweist, kritisiert die wahltaktische Annäherung zwischen Royal und Bayrou.

28.4. Nach dreiwöchiger Gefangenschaft wird die in Afghanistan festgehaltene Französin Céline Cordelier freigelassen. Cordelier, die für die Nichtregierungsorganisation „Terre d'enfance“ in Afghanistan arbeitet, war Anfang April von Taliban-Kämpfern entführt worden. Ihr französischer Arbeitskollege Eric Damfreville sowie drei ebenfalls für die Hilfsorganisation arbeitende Afghanen befinden sich weiterhin in den Händen der Taliban. Als Gegenleistung für die Freilassung ihrer Geiseln fordern die Taliban den Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan. Die Freilassung von Céline Cordelier wird als Reaktion auf die Äußerungen des französischen Außenministers Douste-Blazy interpretiert, der am Tag zuvor einen möglichen Rückzug der französischen Truppen aus Afghanistan in Aussicht gestellt hatte.

29.4. Der ehemalige Premierminister Alain Juppé (UMP) und der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, François Hollande, verdeutlichen in der Fernsehsendung „Grand Jury – RTL – Le Monde – LCI“ ihre unterschiedlichen Ansichten im Bereich Wirtschaft und Soziales und verteidigen die Programme ihrer Präsidentschaftskandidaten. Während Juppé betont, dass mehr Arbeit zu einem größeren Wirtschaftswachstum führe, unterstreicht Hollande, dass nur dann mehr gearbeitet werden könne, wenn es ein größeres Wachstum gäbe. Nach Ansicht von Hollande müsse vor allem die Nachfrage der Haushalte gestärkt werden. Er kritisiert die von Nicolas Sarkozy für den Fall seiner Wahl angekündigten Steuersenkungen.